

**POSTULAT** von Claudio Schmid (SVP, Bülach)

betreffend Nebenamtlicher Tätigkeiten von Staatsangestellten zum Nachteil des Kantons Zürich

---

Der Regierungsrat wird ersucht, in einem Bericht darzulegen, wie er die Nebentätigkeiten der Angestellten des Kantons Zürich überwacht und ob er diesbezüglich Handlungsbedarf ortet.

Dabei sind insbesondere die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Unterscheidet der Regierungsrat bei der Regelung nebenamtlicher Tätigkeiten der kantonalen Angestellten zwischen verschiedenen Risikostufen?
2. Hätte der kürzlich aufgeflogene Fall dreier Mitarbeiter des Strassenverkehrsamts Basersdorf, denen Manipulation von Fahrprüfungen und Autokontrollen vorgeworfen wird, und die nebenbei im Autohandel tätig waren, durch Anwendung und Durchsetzung der geltenden Bestimmungen verhindert werden können? Wenn ja, warum wurden diese Bestimmungen nicht angewendet und durchgesetzt?
3. Wird dieser Fall für das Personalamt, dessen Versagen offensichtlich ist, Konsequenzen haben? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
4. Verfügt der Kanton über ein Monitoring-System, das seine Angestellten in ähnlicher Weise überwacht wie das Steueramt die Steuerzahler? Wenn nein, erwägt der Regierungsrat die Einführung eines solchen Systems? (Mit Monitoring meinen wir einen automatischen Abgleich der täglichen Mutationen des Schweizerischen Handelsamtsblatts SHAB mit dem Staatskalender).
5. Wie ist das Verhältnis der Zeit, die das Personalamt für Gleichstellungsfragen aufwendet und der, die es für die Bekämpfung von offensichtlichen Interessenkonflikten zum Nachteil des Kantons Zürich braucht?
6. Der Inhalt des Handelsregisters gilt als bekannt. Wie will der Regierungsrat künftig verhindern, dass fehlbare Personen von einem Eintrag profitieren, weil das zuständige Amt seinem Auftrag nicht nachkommt?

Claudio Schmid